

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

FORDERUNGSPAPIER

WAS DIE GEMEINDEN WOLLEN

VORSCHLÄGE

**REFORMEN IM
GEMEINDEBUND**

WERBUNGSKOTEN

**WAS MANDATARE
ABSETZEN KÖNNEN**

+NIEDERÖSTERREICH WIEN ENERGIE.

Wir betreuen viele Gemeinden in Niederösterreich
persönlich. Und natürlich Sie!



Bereits mehr als 80 Gemeinden rund um Wien setzen auf verlässliche Energie und innovative Services von Wien Energie. Entdecken auch Sie unsere vielfältigen Strom- und Erdgasstarife für Ihr Zuhause und Ihr Unternehmen auf wienenergie.at



SO BUNT WIE MEIN LEBEN.



Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Wasserkraft	45,83 %
Windenergie	9,09 %
feste oder flüssige Biomasse	3,42 %
Sonnenenergie	1,03 %
Erdgas	39,62 %
sonstige Ökoenergie	1,01 %

CO ₂ -Emissionen	131,55 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,00000 mg/kWh

Stromkennzeichnung des Lieferanten: Gemäß § 78 Abs. 1 und 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.1.2016–31.12.2016 auf Basis der in der nebenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Die Herkunftsnachweise stammen aus Österreich (86,65 %) und Norwegen (13,35 %). Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt. Gemäß § 78 Abs. 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle.



POLITIK

04 FORDERUNGSPAPIER

WAS DIE GEMEINDEN VON DER NEUEN REGIERUNG WOLLEN

08 LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER

„WENN WIR ZUSAMMENHALTEN, DANN SCHAFFEN WIR ES“



12 DIE IDEEN DES PRÄSIDENTEN

REFORMVORSCHLÄGE FÜR DEN GEMEINDEBUND

KOMMUNALINFO

20 JUBILÄUM

60 JAHRE NÖ MUSIKSCHULMANAGEMENT

RECHT & VERWALTUNG

24 STEUERN

WERBUNGSKOSTEN VON GEMEINDEMANDATAREN

26 WEGEHALTERHAFTUNG IM WINTERDIENST

WARNZEICHEN SIND DAS MINDESTE



WIR HABEN NICHTS ZU VERBERGEN

Immer wieder – auch dieser Tage – taucht in der Öffentlichkeit die Diskussion auf, warum nicht alle öffentlichen Stellen ihre Förderungen in die Transparenzdatenbank einspielen. Der Bund tut dies seit einiger Zeit, nun haben auch die Länder damit begonnen, personalisierte Förderdaten zu melden. Die Gemeinden waren bisher nicht dabei. Doch auch wir wollen und werden die kommunalen Förderungen in die Transparenzdatenbank einspielen. Wir haben nicht das Geringste zu verbergen. Seit vielen Jahren sind unsere Budgets öffentlich einsehbar, werden in öffentlichen Sitzungen diskutiert und beschlossen und stehen kumuliert auch online auf www.gemeindefinanzen.at zur Einsicht bereit. Ich denke, die Steuerzahlerinnen und -zahler haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wofür ihr Geld verwendet wird.

Brauchen sinnvoll handhabbare Eingaberegeln

Bis dato gibt es keine gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinden zur Eingabe von Daten. Allerdings habe ich jetzt im Zuge der Regierungsverhandlungen die Hoffnung und den dringenden Wunsch, dass man jetzt auch über sinnvoll handhabbare Eingaberegeln für die Gemeinden diskutiert, die keinen unnötigen Verwaltungsaufwand produzieren. Die Details über den Nutzen und die Sinnhaftigkeit der Dateneingabe müssen noch genau definiert werden. Wir Gemeinden sind jedenfalls jederzeit bereit, unsere Daten zu liefern.

Reformen im Gemeindebund

Im Rahmen meiner Präsidentschaft im Österreichischen Gemeindebund habe ich mir zum Ziel gesetzt, auch innerhalb unserer Organisation Reformen in Angriff zu nehmen, die auch teilweise in Niederösterreich zur Anwendung kommen sollen. So möchte ich künftig, unserem Zeitalter entsprechend, moderne Instrumente für rasche Entscheidungen einsetzen. Außerdem wünsche ich mir mehr Frauen in unseren Gremien und werde auch eine Frau als Vizepräsidentin vorschlagen.

Euch allen wünsche ich an dieser Stelle besinnliche, ruhige Weihnachten und ein paar erholsame Feiertage sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2018!

LABG. BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

RESOLUTION

WAS DIE GEMEINDEN WOLLEN

DIE FORDERUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

In seinem Forderungspapier weist der Österreichische Gemeindebund darauf hin, dass die Gemeinden unverzichtbar für das Funktionieren demokratischer Instrumente und Prozesse auf allen Ebenen sind. „Die kommunale Ebene ist jene, welche dem Bürger bei der politischen Gestaltung seines Lebensraumes am nächsten ist“, heißt es in dem Papier. In der kommenden Gesetzgebungsperiode sei es am vordringlichsten, dass erfolgte Zusagen eingehalten werden und Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass es den Gemeinden möglich ist, ihre Aufgaben zu erfüllen.

DIE FORDERUNGEN IM ÜBERBLICK:

BUNDESVERFASSUNG UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

Die kommunalen Spitzenverbände sind in der durch das FAG-Paktum eingerichteten Arbeitsgruppe zur Bundesstaatsreform aktiv einzubinden, denn eine Staatsreform und auch deren Vorarbeiten darf nicht ohne die Gemeinden umgesetzt werden.

BÜRGERNÄHE UND MODERNE VERWALTUNG

Die Gemeinden haben großes Interesse an einer effizienten, einfachen und modernen Verwaltung. Im Hinblick auf ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind Modernisierungsschritte auf deren Effizienz und leichte Handhabbarkeit zu prüfen. Die Gemeinden sind bereit, Aufgaben in effizienten Strukturen wahrzunehmen, wenn ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

FINANZEN

Der Gemeindebund fordert einen Belastungsstopp und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Durch die Zuweisung neuer oder die Verlagerung bestehender Aufgaben ohne ausreichende und langfristige finanzielle Abgeltung entstehen den Gemeinden immer höhere Ausgaben.

„DER GEMEINDEBUND FORDERT EINEN BELASTUNGSSTOPP UND EINE AUSREICHENDE FINANZIELLE AUSSTATTUNG DER GEMEINDEN.“



Gefordert werden:

- ▶ Der vollständige Kostenersatz der durch die Abschaffung des Pflegeregresses entstehenden Mehrausgaben (siehe Seite 6);
- ▶ Maßnahmen zur Kostendämpfung in der Mindestsicherung auch auf Ebene des Bundes als Grundsatzgesetzgeber;
- ▶ Vollständige Sicherung des Kostendämpfungspfades in Gesundheits- und Pflegeversorgung;
- ▶ Die grundlegende Reform der gemeindeeigenen Grundsteuer wie im Paktum zum FAG vereinbart.

SOZIALES UND GESUNDHEIT

Der Gemeindebund fordert vom Bund ein klares Bekenntnis zur weitestgehenden Versorgung des ländlichen Raums mit primären Gesundheitsleistungen durch Hausärzte. Ergebnis muss ein Gesamtpaket sein, damit der Hausarztberuf für junge Menschen wieder attraktiv wird.

KINDERBETREUUNG UND SCHULE

Im Bereich der Kinderbetreuung zeichnet sich die Bundesebene nicht nur durch teure Ankündigungen betreffend das zukünftige Angebot der Kinderbetreuung aus, sondern ist auch bei der Erhaltung wesentlicher finanzieller Fundamente der Kinderbetreuung sowie der schulischen Nachmittagsbetreuung säumig. Der Österreichische Gemeindebund fordert im Hinblick auf die Artikel 15a-Vereinbarungen im Bereich der Kindergärten und ganztägiger Schulformen endlich längerfristige Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung.

PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Da ein zukunftstaugliches Breitbandnetz auch die Funktion der Daseinsvorsorge erfüllt, fordert der Gemeindebund eine effektive und vereinfachte Förderung der Breitbandinfrastruktur durch Glasfaser im ländlichen Raum. ■■

Landeskliniken-Holding 
IHRE GESUNDHEIT. UNSER ZIEL.

Nahe am Menschen

Gesundheits-
versorgung
auf höchstem
Niveau

NEUE KOSTENBELASTUNG

GEMEINDEN WOLLEN ERSATZ FÜR PFLEGEREGRRESS

NOCH VOR DER WAHL HAT DER NATIONALRAT DIE ABSCHAFFUNG DES PFLEGEREGRRESSSES BESCHLOSSEN. DAMIT WERDEN DIE BETROFFENEN UND IHRE ANGEHÖRIGEN FINANZIELL ENTLASTET, DIE BUDGETS DER LÄNDER UND GEMEINDEN ABER STARK BELASTET. DER GEMEINDEBUND FORDERT DAHER, DASS DEN KOMMUNEN DIE KOSTEN ERSETZT WERDEN.

Wer bestellt, der muss auch zahlen“, meint Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. Der Bund habe die Regressmöglichkeit abgeschafft, daher müsse er auch für die Folgekosten aufkommen. Riedl warnt davor, dass der Andrang auf die Pflegeheime zunehmen wird, weil für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen keine Kosten mehr entstehen. „Viele, die aus Sorge vor Regresszahlungen bisher nicht um einen Heimplatz angesucht haben, werden das nun tun. Auch die Menge der bisherigen Selbstzahler wird wegfallen“, so Riedl. Daher müssten neue Heimplätze geschaffen werden.

300 BIS 400 MILLIONEN IM JAHR

Es ist vorgesehen, dass 100 Millionen Euro im Jahr refundiert werden. Das sei viel zu wenig, warnt Riedl: „Die Bundesländer haben den unmittelbaren Finanzierungsbedarf mit mindestens 200 Millionen Euro angegeben, Experten sagen uns, die Jahreskosten werden sich eher zwischen 300 und 400 Millionen Euro einpendeln. Das ist für die Länder und Gemeinden schlichtweg unfinanzierbar.“ Auch die vereinbarten Budgetziele im Stabilitätspakt seien auf diese Weise nicht einzuhalten. Riedl: „Die Gemeinden haben sich zu ausgeglichenen Haushalten verpflichtet, dieses Ziel wollen wir einhalten.“

GEMEINDEN SOLLEN RESOLUTIONEN BESCHLIESSEN

Um die Dramatik der Lage klar zu machen, hat der Gemeindebund eine Initiative gestartet, bei der die Städte und Gemeinden Resolutionen beschließen sollen, um ihrem Standpunkt gegenüber der Bundesebene Nachdruck zu verleihen. „In den nächsten Wochen sollen diese Resolutionen in den Gemeindevertretungen beschlossen und den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung übermittelt werden. Wir werden weiterhin Verhandlungen suchen, um eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen“, so Riedl. ■■

KEINE TEUREN BESCHLÜSSE VOR WAHLEN

Der Gemeindebund wird der neuen Bundesregierung eine Gesetzesinitiative vorschlagen, durch die budgetrelevante Beschlüsse in Vorwahlzeiten künftig nicht mehr möglich sein sollen. Auch eine Wahlrechtsreform will der Gemeindebund antreiben.

Die Forderungen:

- ▶ Ausbau und Verbesserung der Briefwahl
- ▶ Auszählung der Briefwahlstimmen am Wahltag
- ▶ Verlängerung der Frist für Wahlvorschläge
- ▶ Modernisierung der Auflage der Wählerverzeichnisse
- ▶ Erweiterung des Wahlbeisitzer-Systems
- ▶ Zentralisierung der Wahlinformation
- ▶ Kein vorgezogener Wahltag

Es ist damit zu rechnen, dass der Andrang auf Pflegeheime zunehmen wird.

UMWELTFREUNDLICHE ZENTRUMSBELEBUNG

KRUMMNUSSBAUM SIEGTE BEIM ÖSTERREICHISCHEN KLIMASCHUTZPREIS

Unter dem Motto „Innen- vor Außenentwicklung“ hat sich Krummnussbaum ganz der flächensparenden und kosteneffizienten Siedlungsentwicklung verschrieben. Dafür gewann die Mostviertler Marktgemeinde den Österreichischen Klimaschutzpreis in der Kategorie „Gemeinden & Regionen“. Vorrangiges Ziel ist die Belebung des Ortszentrums und die Vermeidung von motorisiertem Verkehr. So soll verhindert werden, dass immer mehr Menschen vom Zentrum weg in neue Siedlungsgebiete ziehen und Grün- und Ackerflächen verschwinden. Um das zu erreichen, wurden Erweiterungsflächen am Ortsrand gestrichen und auch ein als Bauhoffnungsgebiet gewidmeter Acker rückgewidmet. Stattdessen



Siegerehrung:
Gerhard Enzenberger (Synthesa Gruppe), Umweltminister Andrä Rupprechter, Hans Emrich (Emrich Consulting), Bürgermeister Bernhard Kerndler, Thomas Waldhans (Technisches Büro Waldhans), DJ Ötzi, ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz.

entsteht künftig auf dem Areal eines ehemaligen Geschäfts und eines stillgelegten Bauernhofs ein neues Gemeindezentrum. Dort – und nicht am Ortsrand – wird auch der Nahversorger untergebracht. Im Siedlungswesen werden durch Verdichtungsmaßnahmen und neue

Angebote im unmittelbaren Umfeld des Ortskerns weitere Maßnahmen zur Stärkung des Zentrums gesetzt. Auf einem alten Sportplatz, mitten im Ort, sind neue Wohnungen geplant. Der Bahnhof befindet sich von dort aus gesehen in fußläufiger Distanz.



»Vorsorge Aktiv« Gesundheit für mich

Das eigene Verhalten zu ändern, ist nicht immer einfach! **»Vorsorge Aktiv«** hilft Ihnen dabei. Wenn Sie aus NÖ kommen und ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben – zum Beispiel Übergewicht in Verbindung mit Bluthochdruck –, ist das Programm **»Vorsorge Aktiv«** genau das Richtige für Sie! Denn Sie werden bis zu 9 Monate in den Bereichen **Bewegung, Ernährung** und **Mentale Gesundheit** intensiv begleitet – alltagstauglich, praxisnah und in einer Gruppe Gleichgesinnter.

24 Einheiten pro Bereich – 72 Stunden für MICH
Nur € 99,- pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer für den gesamten Turnus + € 100,- Kautions. Die Kautions wird nach mind. 60%iger Teilnahme pro Bereich retourniert. Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus »Gesunden Gemeinden« der Initiative »Tut gut!« wird eine Vergünstigung von € 15,- gewährt.

Jetzt Anmelden!

IHRE KONTAKTE IN DEN REGIONEN:

Waldviertel

STEFANIE MADER-WAGNER, BSc

0676/858 723 4534 | stefanie.mader-wagner@noetutgut.at

Weinviertel

ELKE SPRINGER, MBA

0676/858 723 4535 | elke.springer@noetutgut.at

NÖ-Mitte

Mag. (FH) SUSANNE VORSTANDLECHNER

0676/858 723 4536 | susanne.vorstandlechner@noetutgut.at

Mostviertel

GERHARD RÖTZER

0676/858 723 4533 | gerhard.roetzer@noetutgut.at

Industrieviertel

MONIKA KRONAUS

0676/858 723 4532 | monika.kronaus@noetutgut.at

INTERVIEW

„WENN WIR ZUSAMMENHALTEN, DANN SCHAFFEN WIR ES“

Sie haben bei ihrem Amtsantritt einen neuen Stil in der Politik angekündigt. Was hat Sie zu diesem neuen Zugang bewogen und was ist seit Ihrer Wahl zur Landeshauptfrau konkret geschehen?

Die Menschen erleben in der Politik zu oft ein Gegeneinander. Gute Vorschläge einer Gruppe werden abgelehnt, weil sie von der falschen Seite kommen. Für die Menschen ist aber nicht die Parteifarbe wichtig, sondern einzig und allein die Frage, welche Ideen uns weiterbringen.

Deshalb müssen wir zu einem neuen politischen Stil kommen: Weniger danach fragen, was von welcher Partei kommt, sondern mehr danach handeln, was unser Land weiterbringt.

Unmittelbar nach meiner Wahl zur Landeshauptfrau habe ich über die Parteigrenzen hinweg zu einer gemeinsamen Regierungsklausur geladen – der ersten dieser Art. Es gibt kein Monopol für gute Ideen und auch kein Monopol auf wegweisende Konzepte.

Die Stärkung der Minderheitenrechte im Landtag und der Ausbau der Transparenz wurden bereits auf den Weg gebracht. Was waren in diesen Bereichen die konkreten Maßnahmen und wie geht es weiter?

Bisher waren sechs Abgeordnete notwendig, um Anträge und aktuelle Stunden einbringen zu können. Diese Schwelle wurde auf vier gesenkt. Untersuchungsausschüsse und eine Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof können nun von einem Drittel der Mandatare beantragt werden. Ich habe mich von Anfang an für Transparenz ausgesprochen. Bisher waren Inhalte der Beschlüsse der Landesregierung geheim. In Zukunft werden sie den Klubs mitgeteilt und auch im Internet veröffentlicht. Unter meiner Führung sind wir in Niederösterreich gerade intensiv dabei, auch alle Fördermittel zum Aufbau der Transparenzdatenbank des Bundes einzumelden. Im Umwelt- und Energiebereich ist das schon geschehen. Ich habe den Auftrag gegeben,

nun rasch weitere Förderbereiche einzutragen. Die Österreicherinnen und Österreicher leisten sich einen Staat, der rund 70 Milliarden Euro pro Jahr kostet – verständlich und fair, dass sie auch erfahren, wofür das Geld ausgegeben wird.

Es geht weiter: Wir stärken auf Landesebene die direkte Demokratie. Durch Herabsetzung der Schranken für Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen laden wir die Bürgerinnen und Bürger ein, stärker am politischen Prozess teilzunehmen. Ab sofort reichen 50 Gemeinden bzw. 30.000 Wahlberechtigte – statt wie bisher 50.000 Wahlberechtigte oder 80 Gemeinden –, um einen politischen Prozess anzustoßen.

Im Verlauf der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 stieg die Arbeitslosigkeit auch in NÖ enorm an. Wie stellt sich die Situation aktuell dar?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir im Sommer die Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft haben, die sich in den letzten Monaten auch nachhaltig erweist. Bei uns in NÖ gibt es mehr Arbeitsplätze, als je zuvor. Ein Überblick: Mit rund 620.000 Beschäftigten haben wir im Jahr 2017 eine Beschäftigungszahl erreicht, das Beschäftigungswachstum war seit zehn Jahren nicht mehr so stark, und die Arbeitslosenquote in NÖ liegt mittlerweile wieder unter dem Bundesschnitt.

Aber ich bin nicht zum Schulterklopfen und zum Stolzsein in der Politik. Wir müssen etwas für jene tun, die noch keine Arbeit haben: Noch im heurigen Jahr werden mit dem territorialen Beschäftigungspakt konkrete Maßnahmen gesetzt, um die 51.000 Arbeitssuchenden wieder in Beschäftigung zu bringen. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen dabei die gezielte Weiterbildung und die Förderung von Ausbildungen, denn aktuell hat jeder zweite Arbeitssuchende lediglich einen Pflichtschulabschluss. Dafür investieren wir jährlich fünf Millionen Euro in Weiterbildungsförderungen des Landes NÖ.



„FÜR DIE MENSCHEN IST NICHT DIE PARTEIFARBE WICHTIG, SONDERN EINZIG UND ALLEIN DIE FRAGE, WELCHE IDEEN UNS WEITERBRINGEN.“



LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER ÜBER IHREN POLITIKSTIL, DIE SITUATION DES LANDES UND ÜBER NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN, WIE DIESE BEWÄLTIGT WERDEN KÖNNEN.

Digitalisierung ist eines der großen Schlagwörter, wenn man in die Zukunft blickt. Als wichtige Grundlage dafür treibt das Land NÖ den Breitband-Ausbau voran. Wie ist der aktuelle Zwischenstand?

Wenn wir die Digitalisierung als nächste große, weltumspannende Revolution sehen, dann sage ich mit Zuversicht: Auch diesmal wird es für uns am Ende sehr, sehr gut ausgehen. Neue Jobs, bessere Gesundheitsversorgung, Lösungen für die Jüngsten und die ältere Generation sowie politische Beteiligungsmodelle. Der Mut zum „Ja zur Digitalisierung“ wächst quer durch die Gesellschaft. Derzeit sind wir dabei, die Pilotregionen im Rahmen unserer Breitband-Initiative zu prüfen. Anfang 2018 wollen wir ein Modell präsentieren, mit dem wir Niederösterreich noch schneller vernetzen. Im Rahmen unseres Masterplans Digitalisierung sind wir intensiv dran, 92 konkrete Maßnahmen umzusetzen – mit einer Gesamtinvestition von rund 60 Millionen Euro. Besonders wichtig ist mir dabei, alle Menschen auf diesem Zukunftsweg mitzunehmen, daher liegt ein großer Schwerpunkt auf der Aus- und Weiterbildung aller Altersgruppen.

Ein zentrales Thema für Niederösterreich ist Mobilität. Gerade für ein Flächenbundesland stellt der öffentliche Verkehr eine besondere Herausforderung dar. Welche Akzente setzt dabei das Land?

Mit unserem Mobilitätspaket stimmen wir öffentlichen Verkehr und Individualverkehr noch besser aufeinander ab. In beide Bereiche werden bis 2022 rund 3,3 Milliarden Euro investiert – damit werden auch 50.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Entscheidend ist auch die überregionale Abstimmung: Die Räume, in denen wir heute leben und arbeiten, haben oftmals nichts mehr mit Landesgrenzen von früher zu tun. Heute arbeiten die Menschen über Landesgrenzen hinweg. Deshalb muss auch die Politik zunehmend in Lebensräumen denken und handeln:

Gerade an den Schnittstellen zwischen NÖ und Wien oder zwischen NÖ und Oberösterreich arbeiten wir in diesem Geist.

Eine immer wiederkehrende Forderung ist die Entbürokratisierung. Ihr Ansatz dazu?

Bürokratie darf es nicht um ihrer selbst willen geben. Was niemandem etwas bringt, muss weg. Ich habe das Ziel ausgegeben: Niederösterreich soll nicht nur das größte Bundesland sein, sondern soll auch zum schnellsten Bundesland werden. Wir wollen schnell sein, wenn es um Entscheidungen für Betriebe und neue Arbeitsplätze in NÖ geht, wenn es um Verfahren und Planungen geht und wenn es um Entscheidungen für die Anliegen der Menschen geht.

Anders gesagt: Wir wollen Niederösterreich zu einem Zukunftsland mit Hausverstand machen. Und dazu gehört auch eine gut funktionierende Verwaltung. Eine smarte Verwaltung, die Dreh- und Angelpunkt im Land ist, die schnelles und rasches Service bietet. Wir gehen daher in Niederösterreich den Weg des „Triple E“: einfach, effizient und elektronisch.

Viele ältere Menschen, aber auch Angehörige beschäftigt das Thema Pflege und Betreuung. Wie begegnet das Land NÖ den unterschiedlichen Bedürfnissen?

Klar ist, dass 85 Prozent zu Hause alt und auch betreut werden wollen. Deshalb ergänzen wir unser bestehendes Angebot in Zukunft mit einem neuen Angebot und schaffen dazu auch ein neues Berufsbild. Mit sogenannten Alltagsbetreuern, die Hilfstätigkeit übernehmen, bieten wir eine Vorstufe zur 24-Stunden Betreuung.

Für viele Landsleute reicht aber eine Betreuung zu Hause oft nicht mehr aus, deshalb investieren wir in den kommenden sechs Jahren auch 170 Millionen Euro in unsere Pflegeheime, um dem Bedarf auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Ein Thema, das viele Menschen im Land bewegt, ist die Migration. Wie steht es um die aktuelle Entwicklung?

Ich bin stolz darauf, in einem Land zu leben, wo die Menschen dieser Herausforderung mit Hirn und Herz begegnet sind. Zu den Zahlen: Hatte man im letzten Jahr noch einen Höchststand von 15.000 Asylwerbern in der Grundversorgung, so ist diese Zahl auf mittlerweile unter 10.000 gesunken. Auch in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen sind mittlerweile

„ES GEHT UM DEN ZUSAMMENHALT UNTER DEN GENERATIONEN, IN UNSEREN DÖRFERN UND GEMEINDEN UND IN UNSEREN BETRIEBEN.“



JOHANNA MIKL-LEITNER

mit weniger als 500 so wenige Flüchtlinge untergebracht, wie seit 2013 nicht mehr. Durch unsere Reformen bei der Mindestsicherung – wer in den letzten sechs Jahren kürzer als fünf Jahre in Österreich gelebt hat, bekommt eine reduzierte Mindestsicherung – stellen wir erstmals seit 15 Jahren einen Rückgang bei den Beziehern fest. Und das senkt auch unsere Kosten, 2017 um 9 Millionen Euro, 2018 um 15 Millionen Euro – Gelder die im Sozialbudget bleiben und anderen Projekten zu Gute kommen. Unsere Haltung ist europäisches Vorbild und unsere Standpunkte haben längst überfällige Diskussionen angestoßen – das Thema der Migration kann nur international gelöst werden. Hier sprechen wir mit klarer, starker Stimme.

Ein wichtiger Punkt, wenn es um die Sicherheit geht, sind die freiwilligen Feuerwehren. Oftmals wird gefordert, mehr Profis einzusetzen, wie stehen Sie dazu?

Unsere freiwilligen Feuerwehren arbeiten enorm professionell, engagiert und zuverlässig. Sie sind Rückgrat unserer Gesellschaft, sie geben Sicherheit für Hab und Gut und retten Leben. Rückwirkend mit 1. Jänner 2017 haben wir in NÖ die Rückvergütung der Mehrwertsteuer beim Ankauf von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehren beschlossen. Damit können wir die Gemeinden und die Feuerwehren um zirka vier Millionen Euro pro Jahr entlasten. Auf Initiative aus NÖ wurden heuer auch im Nationalrat Gratis-Hepatitis-Impfungen für Feuerwehrleute beschlossen.

Zum Abschluss, gibt es noch einen Wunsch, den Sie für Niederösterreich haben?

Wir leben in einer Zeit, in der wir neue Herausforderungen neu beantworten müssen. Das alles schaffen wir aber nur, wenn wir gemeinsam auf das setzen, was sich bewährt hat: unseren Zusammenhalt. Dabei geht es um den Zusammenhalt in der Familie und unter Freunden, den Zusammenhalt unter Freiwilligen und in Vereinen. Es geht um den Zusammenhalt unter den Generationen, in unseren Dörfern und Gemeinden und in unseren Betrieben. Das ist jener Zusammenhalt, der NÖ auszeichnet und stark macht. Und diesen Zusammenhalt wünsche ich mir auch in der Zukunft. Jede und jeder von uns sind Tag für Tag „dran“, um etwas zu tun – nicht in erster Linie nur für sich selbst, sondern für andere und besonders für all jene, die ein wenig Unterstützung, Hilfe und Zuspruch brauchen. ■

ARMUT IN ÖSTERREICH DAS ROTE KREUZ HILFT

»Das Rote Kreuz ist als weltgrößte Hilfsorganisation täglich mit dem Leid von Menschen in den unterschiedlichsten Notsituationen konfrontiert. Deshalb ist es das Ziel des Roten Kreuzes, das Leben von Menschen in Not und sozial Schwachen durch die Kraft der Menschlichkeit zu verbessern.«



General Josef Schmoll
Präsident des Roten Kreuzes Niederösterreich

Wenn sich Menschen aus unterschiedlichsten Gründen in einer finanziellen oder sozialen Notlage befinden, kann das Rote Kreuz helfen. Unsere Angebote:

TEAM ÖSTERREICH TAFEL

Essen darf kein Luxus sein. Die Team Österreich Tafel setzt eine denkbar einfache Idee um: Überschüssige Lebensmittel werden jeden Samstag eingesammelt und kostenlos an bedürftige Menschen verteilt.

HENRYLADEN

Der HenryLaden, die Second Hand Boutique des Roten Kreuzes Niederösterreich, stellt jedermann gebrauchte, jedoch bestens erhaltene Bekleidung zu einem leicht erschwinglichen Preis zur Verfügung.

SOZIALBEGLEITUNG

Dieses Angebot ist eine persönliche Unterstützung für Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen. Speziell ausgebildete ehrenamtliche Rotkreuz-Mitarbeiter/innen unterstützen Klient/innen bei der Suche nach Lösungen in den Bereichen Finanzen und Wohnen, Pflege und Gesundheit aber auch Familie und Arbeit. Ziel ist es dabei, die Klient/innen so zu begleiten, dass diese möglichst eigenständig ihre Situation positiv verändern.

SPONTANHILFE

Die Spontanhilfe ist eine finanzielle Unterstützung für Personen, die sich auf Grund der Änderungen ihrer persönlichen Lebenssituation in einer Notlage befinden und nicht die Möglichkeit haben, für die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse aufzukommen. Die Spontanhilfe ist eine einmalige Hilfestellung in besonders schwierigen Situationen und wird nach Prüfung der Gesamtsituation geleistet.

Nähere INFORMATIONEN zu den Hilfestellungen bei ihrer Rotkreuz-Bezirksstelle bzw. unter www.rotekreuz.at/noe.



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ
NIEDERÖSTERREICH

Aus Liebe zum Menschen.

ZUKUNFTSFIT

RIEDL FORDERT REFORMEN IM GEMEINDEBUND

EIN HALBES JAHR NACH SEINER AMTSÜBERNAHME LÄSST DER PRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES MIT REFORMVORSCHLÄGEN AUFHORCHEN. VON SOTIRIA PEISCHL

Die Hoffnung auf Reformen in unserem Land flammt aktuell wieder auf: Die Verhandlungsrunden zwischen ÖVP und FPÖ laufen konstruktiv, die Reformvorschläge sind ambitioniert, die Aussicht auf eine neue Bundesregierung vor Weihnachten scheint realistisch. Im Zuge der Verhandlungen hat auch der Gemeindebund seine Forderungen an die neue Bundesregierung eingereicht (*Details siehe Seite 4*).

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, selbst Mitglied in den Clustergruppen „Verwaltungsreform & Verfassung“ und „Landwirtschaft & Ländlicher Raum“ sieht nicht nur die „Zeit reif für Reformen“. Er ist auch zuversichtlich, dass eine neue Bundesregierung diese Ziele präzisiert und im Rahmen einer Staats- und Verwaltungsreform anstreben wird.

ENTFLECHUNG VON TRANSFERSTRÖMEN UND KLARE ZUORDNUNGEN

Der Gemeindebund fordert bereits seit Jahren Kompetenzvereinbarungen, transparente Aufgabenteilung und faire Finanzierung ein. „Die Entflechtung von Transferströmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist uns ebenso wichtig, wie eine klare Zuordnung von Aufgaben“, so Alfred Riedl. Daher plädiert er auch dafür, dass Aufgaben künftig von jener Ebene erledigt werden, die diese am besten erledigen könne. „Wenn man nach dieser Maßgabe vorgeht, kann man im Rahmen einer Staatsreform viel erreichen“, spricht Riedl Effizienzpotentiale an.

„Als Gemeinden wissen wir, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern die mit Abstand nächste Ebene sind. Wir wissen, was die Menschen in ihrem Alltag brauchen, wir kennen Bedürfnisse, Aufgaben, aber auch Grenzen staatlichen Handelns. Die Eigenverantwortung sollen und dürfen wir dabei niemandem nehmen, ganz im Gegenteil, wir



Alfred Riedl will, dass künftig jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin zum Präsidenten des Gemeindebundes gewählt werden kann.

müssen die Fähigkeit stärken, Verantwortung für die eigene Lebenswelt zu übernehmen“, sagt Riedl.

Dabei sieht sich der Gemeindebund nicht als Kritiker und Ideengeber für Reformen der Bundesregierung alleine. „Als Gemeindevertreter haben wir auch selbst die Aufgabe, hier mit gutem Beispiel voranzugehen“, stellt Riedl klar. „Als ich vor einem halben Jahr die Präsidentschaft im Gemeindebund übernommen habe, habe ich mir folgendes vorgenommen: Innerhalb eines Jahres wollte ich ein kompaktes Reformpaket auf den Tisch legen, das auch den Gemeindebund selbst für die heutigen Anforderungen rüstet.“

Viele Mechanismen und Entscheidungswege, die es in der Organisation der Gemeindevertreter gibt, stammen aus einer Zeit, in der Digitalisierung als Wort noch nicht einmal existiert habe, erläutert der Präsident. Daher brauche man neue Instrumente, um rasch qualitativ gute Entscheidungen, unter möglichst breiter Einbindung von Kommunalpolitiker/innen und Experten treffen zu können. Und man müsse sich als Organisation von innen heraus modernisieren. ■■

WAHL DES PRÄSIDENTEN NEU

„Konkret spricht Riedl dabei die Öffnung des Auswahlprozesses für das Amt des Präsidenten oder der Präsidentin im Gemeindebund an.

„Jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin sollte künftig die Möglichkeit haben, sich um dieses Amt zu bewerben oder dafür vorgeschlagen zu werden“, schlägt der Bürgermeister von Grafenwörth vor. Bisher musste man dafür an der Spitze eines Landesverbands stehen, um überhaupt kandidieren zu können.

MEHR FRAUEN IM GEMEINDEBUND

Darüber hinaus will Riedl unter seiner Präsidentschaft ein starkes und sichtbares Signal für mehr Frauen in kommunalpolitisch führenden Funktionen setzen.

„Ich wünsche mir, dass mehr Frauen sowohl in den Gremien des Gemeindebundes, als auch in der Führungsebene eine größere Bedeutung bekommen. Ich werde daher vorschlagen, dass eine Frau zusätzliche Vizepräsidentin des Gemeindebundes wird“, so Riedl.

Um kompetent und qualitativ gut an der inhaltlichen Arbeit auf Bundesebene mitwirken zu können, müsse man aber auch die interne Ausschussarbeit überdenken.

„ICH WERDE VORSCHLAGEN, DASS EINE FRAU ZUSÄTZLICHE VIZEPRÄSIDENTIN DES GEMEINDEBUNDES WIRD.“

ALFRED RIEDL

Riedl wünscht sich kleine, aber thematisch schlagkräftige Teams aus Kommunalpolitikern und Experten, die in präzise definierten Arbeitsgruppen Vorschläge zu aktuellen Themenstellungen erarbeiten, die dann unmittelbar in die politischen Prozesse eingebracht werden können. „Hier geht es vor allem darum, nicht nur zu reagieren, sondern auch Themen zu setzen, von denen wir wissen, dass sie in den Gemeinden unter den Nägeln brennen. Ich werde dazu auch noch öfter und intensiver alle aktiven Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einbinden und befragen, die digitalen Möglichkeiten von heute sind hier eine große Hilfe und können diesen Rahmen schaffen“, präsentiert Riedl einen weiteren Reformvorschlag.

DISKUSSION ERWÜNSCHT

„Diese und weitere Vorschläge werden wir in den kommenden Monaten im Rahmen einer Reform-Arbeitsgruppe besprechen und im Gemeindebund diskutieren. Innerhalb der nächsten Monate möchte ich ein entscheidungsreifes Paket vorlegen können und zur Beschlussfassung stellen. Für mich ist das ein wichtiges Projekt und – wie ich hoffe – ein wesentlicher Beitrag dazu, um den Gemeindebund auch weiterhin fit für künftige Herausforderungen zu halten.“ ■■

FAMILIENLAND

FERIENBETREUUNG: PLANUNG JETZT BEGINNEN!

Familienfreundliche Gemeinden setzen auf Ferienbetreuung. Weil die Betreuung der Kinder auch abseits der Schulzeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von großer Bedeutung ist, bietet jetzt schon jede zweite Gemeinde Ferienbetreuung an. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es in 50 Prozent aller Gemeinden keine Angebote gibt. Der Jahreswechsel ist der optimale Zeitpunkt, die Planung der Sommerferienbetreuung in Angriff zu nehmen. Um die Organisation und Konzeption zu erleichtern, hat die NÖ Familien-

land GmbH einen für Gemeinden kostenlosen Leitfaden erstellt. Dieser beantwortet sämtliche Fragen, die zu Planungsbeginn auftauchen. Das Kompendium umfasst Studienergebnisse mit den meistgenannten Wünschen von Familien an Ferienbetreuung, zeigt einen zeitlichen und organisatorischen Fahrplan auf, informiert zu pädagogischen Konzepten, enthält grobe Kostenmodelle und stellt ausgewählte Best-Practice-Beispiele gelungener Ferienbetreuung vor. Praxisnahe Vorlageformulare und Checklisten helfen, den Überblick



zu behalten. Der Leitfaden ist auch online abrufbar:

www.noefamilienland.at.

ZUKUNFTSLAND MIT HAUSVERSTAND

DEREGULIERUNGSPAKET FÜR SMARTE VERWALTUNG

KÜNFTIG KÖNNEN URKUNDEN DIREKT VON DER BEHÖRDE ABGERUFEN SOWIE VORHABEN DURCH VERORDNUNG BEWILLIGUNGSFREI GESTELLT WERDEN.

Dezentralisierung, Deregulierung und Digitalisierung – diese „3-Ds“ sind Kern einer umfassenden Strategie in der NÖ-Verwaltung, durch die auf Initiative von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bereits die Auslagerung von 500 Arbeitsplätzen und die elektronische Förderabwicklung vorangetrieben wurden. Nächster Schritt ist ein Deregulierungspaket, mit dem rund 80 Bestimmungen in 24 Gesetzen geändert bzw. aufgehoben werden. „Wir wollen Niederösterreich zum ‚smart country‘ machen. Dazu gehört auch eine smarte Verwaltung, die einfach, effizient und elektronisch abgewickelt wird“, so Klubobmann Klaus Schneeberger zum Paket.

ELEKTRONISCHER ABRUF VON URKUNDEN DURCH DIE BEHÖRDE

Neben dem Entfall nicht notwendiger Vorschriften, werden vor allem die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher entlastet. „Künftig wird es in bestimmten Verfahren nicht mehr nötig sein, Urkunden vorzulegen, wenn diese von der Behörde selbst über ein elektronisches Register abgerufen werden können. Das gilt etwa für Bauverfahren, wo die Behörde die Abfrage im Grundbuch vornimmt und die Vorlage eines Grundbuchsauszuges entfällt. Das erspart Zeit, Geld und Behördenwege“, erklärt Schneeberger die Vorzüge einer einfachen, effizienten und elektronischen Verwaltung.

BEWILLIGUNGSFREISTELLUNGEN BRINGEN VERFAHRENSREDUKTION

Daneben wird in mehreren Gesetzen eine Ermächtigung der Landesregierung geschaffen, bestimmte Vorhaben mittels Verordnung bewilligungsfrei zu stellen. „Dadurch kommt es zu einer Reduktion von Verfahren und somit auch von Verwaltungskosten. Beispielsweise kann in Zukunft – unter Beachtung von Sicherheitsaspekten – auf die vorherige Genehmi-



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Klaus Schneeberger: „Wir wollen Niederösterreich zum ‚smart country‘ machen. Dazu gehört auch eine smarte Verwaltung und Gesetzgebung.“

Um der wachsenden Bürokratie einen Riegel vorzuschieben, wurde auf Initiative von LH Johanna Mikl-Leitner ein umfangreiches Deregulierungspaket erarbeitet.



gung bestimmter Stromerzeugungsanlagen verzichtet werden“, so Schneeberger, der auch auf bereits erfolgte Vereinfachungen – wie etwa den Entfall von Bauverhandlungen in der Bauordnung – verweist.

OMBUDSSTELLE FÜR BETRIEBSANLAGENVERFAHREN

Bereits in der Vergangenheit konnte zudem durch das Projekt „NÖ Verfahrensexpress“ erreicht werden, dass fast 90 Prozent der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren binnen 13 Wochen abgeschlossen werden können. „Damit wir auch längere Verfahren beschleunigen können, wurde nun eine Ombudsstelle beim Land Niederösterreich eingerichtet, an die sich Wirtschaftstreibende wenden können, wenn das Verfahren länger als drei Monate ab Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen dauert“, informiert Schneeberger über die neue Service-Einrichtung für Unternehmerinnen und Unternehmer. ■■

FOTO: MLK/REINBERGER

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES ÖVP-LANDTAGSKLUBS

IHRE SPRECHENDE GEMEINDEZEITUNG

NEUE DIMENSION MIT DEM WOW EFFEKT!

MIT DER AUGMENTED REALITY APP „GEMDAT AR“ LERNEN DRUCKSORTEN WIE GEMEINDEZEITUNGEN, VERÖFFENTLICHUNGEN IN SCHAUKÄSTEN ODER PLAKATE SPRECHEN!

Reichern Sie statische Dokumente oder dreidimensionale Objekte mit multimedialen Inhalten an. Videos, Animationen, 3D-Ansichten oder eine direkte Verlinkung auf Webseiten bieten zusätzliche Informationen an. Die Inhalte, die über eine App abgerufen werden, verleihen dem Druckprodukt eine neue Bedeutung.

Verblüffen Sie Ihre Leser mit diesem Wow-Effekt und inszenieren Sie neue und spannende Kommunikationserlebnisse. Der Betrachter erhält in Echtzeit aktuelle Informationen. Beeindrucken Sie durch außergewöhnliche Präsentationen und Emotionen in Ihren Gemeindenachrichten.

Mit Augmented Reality erweitern Sie die Realität Ihrer Leser und Sie gehen sicher, dass Ihre Botschaften ankommen. Diese Dienstleistung ist ab sofort für moderne Gemeinden verfügbar.

Laden Sie die „gemdat AR“-App aus dem Google-Play-Store oder aus dem Apple-Store herunter, scannen Sie das unten stehende Weihnachtsinserat und erleben Sie multimedialen Inhalt.

Scheuen Sie sich nicht, Ihre persönliche Botschaft durch einfache Videos zu übermitteln!

„LADEN SIE DIE ‚GEMDAT AR‘-APP AUS DEM GOOGLE PLAY-STORE ODER AUS DEM APPLE-STORE HERUNTER.“



gemdat NÖ

📞 02262/690-0

🌐 www.gemdatnoe.at



Wir wünschen allen unseren Kunden und Partnern frohe Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr

 gemdat

www.gemdatnoe.at



ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

NIEDERÖSTERREICH IST VORREITER

ÖKOLOGISCHE GRÜNRAUMPFLEGE

241 GEMEINDEN IN NIEDERÖSTERREICH PFLEGEN IHRE PARKS UND ÖFFENTLICHEN GRÜNFLÄCHEN OHNE PESTIZIDE. IM WINTER STEHEN PLANUNGSARBEITEN IM VORDERGRUND. NEUER TREND: STAUDENBEETE.

Niederösterreich ist Vorreiter bei der ökologischen Grünraumpflege. „Wir sind das ökologische Gartenland Nummer eins in Europa. Mit dem Verzicht auf Pestizide leben unsere Gemeinden Umweltschutz aktiv vor und werden zugleich ihrer Vorbildwirkung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern gerecht“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Mit der Ökologisierung der öffentlichen Grünflächen folgen die niederösterreichischen Gemeinden einem immer stärker werdenden Trend wie Landesrat Karl Wilfing weiß: „Mehr als 75 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher wünschen sich ein ökologisch gepflegtes Gemeindegrün. Bereits über 15.000 Privatgärten werden nach den ‚Natur im Garten‘-Kriterien gepflegt, und die 132 Schaugärten in Niederösterreich locken jährlich über drei Millionen Besucherinnen und Besucher an.“

BIS 2020 KOMPLETT PESTIZIDFREI

241 Gemeinden pflegen ihre öffentlichen Grünflächen ohne Pestizide, 95 davon verzichten zusätzlich auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Düngemitteln und Torf und dürfen sich als „Natur im Garten“ Gemeinde bezeichnen. „Der niederösterreichische Gemeindebund und das Land Niederösterreich haben sich ein Ziel gesetzt: bis 2020 sollen alle Gemeinden ihre Grünflächen ohne Pestizide pflegen“, verlautbart Alfred Riedl, Präsident des NÖ Gemeindegewerks und des Vereins „Natur im Garten“.

Aktuell stehen bei den Gemeinden die Planungen für 2018 im Vordergrund. Farnefrohe Staudenbeete erfreuen sich aufgrund ihres geringen Pflege- und Kostenaufwands immer größerer Beliebtheit. Die Instandhaltung ist ab dem dritten Jahr wesentlich günstiger gegenüber Rasenflächen oder Wechselflor. ■■



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und NÖ Gemeindebund-Chef Alfred Riedl präsentieren die Karte jener Gemeinden, die auf Pestizide verzichten.



Bürgermeister René Lobner und Landesrat Karl Wilfing: Gänserndorf ist seit September „Natur im Garten“-Gemeinde.

EVN LICHTSERVICE

KOMPLETTPAKET FÜR DIE BELEUCHTUNG

MIT DEM EVN LICHTSERVICE LAGERN SIE BETRIEB, WARTUNG UND INSTANDHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNGSANLAGEN VOLLSTÄNDIG AN DIE EVN AUS.

Mit dem EVN Lichtservice geben Sie die Verantwortung für Ihre Beleuchtungsanlage – auch gegenüber den Behörden – zu 100 Prozent ab.

Der Verantwortungsbereich der EVN beginnt beim Zugangspunkt zum Niederspannungsnetz und endet mit dem Erreichen und Sicherstellen der geforderten Beleuchtungsqualität.

IHRE VORTEILE

1. Volle Verantwortung zum Fixpreis

Im Rahmen von Lichtserviceverträgen garantiert die EVN die Funktionalität der gesamten Anlage zu pauschalen Preisansätzen. Die EVN übernimmt also nicht nur die volle technische Verantwortung, sondern trägt auch das gesamte wirtschaftliche Risiko. Das erleichtert die Budgetierung und sichert Ihrer Gemeinde Kostensicherheit.

2. Individuelle Planung und Mitsprache

Lichtservice-Pakete werden individuell und punktgenau auf den jeweiligen Bedarf der Gemeinden zugeschnitten. Selbstverständlich haben Sie als Gemeinde dabei ein vertraglich gesichertes Mitspracherecht, insbesondere bei der Koordination von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, der Auswahl der Leuchten sowie bei Fragen der Ortsbildgestaltung.

3. Regionale Wertschöpfung

Bei Ausbau, Sanierung und laufender Betriebsführung erfolgen alle durch EVN nicht selbst erbrachten Leistungen bevorzugt in Kooperation mit Unternehmen aus der Region. Das sichert Arbeitsplätze und ein Höchstmaß an regionaler Wertschöpfung.

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem regionalen EVN Kundenbetreuer oder unter lichtservice@evn.at.



Die EVN bietet eine Beleuchtungslösung, die hocheffizient, flexibel und auf dem neuesten Stand der Technik ist.

MODERNSTE LED-TECHNOLOGIE FÜR IHRE GEMEINDE!

Wollen Sie in Ihrer Gemeinde Straßenleuchten, die sowohl Energie sparen als auch über eine lange Lebensdauer verfügen? Suchen Sie nach einer Beleuchtungslösung, die flexibel und am neuesten Stand der Technik ist?

Dann setzen Sie auf die EVN LED-Leuchten – modernste LED-Technik für Ihre Gemeinde! Die EVN bietet Ihnen eine Beleuchtungslösung, die

- ▶ hocheffizient,
- ▶ flexibel und
- ▶ auf dem neuesten Stand der Technik ist.

IHRE VORTEILE

- ▶ Hochwertige LED-Leuchten in gewohnter EVN Qualität – mit höchster Farbwiedergabe, optimaler Lichtlenkung und garantierter Ersatzteilversorgung
- ▶ Umfassendes Komplettangebot inkl. Montage, Altmaterial-Entsorgung, Überprüfungsprotokoll
- ▶ regionale Wertschöpfung durch Zusammenarbeit mit lokalen Partnerunternehmen
- ▶ beste Umweltverträglichkeit

Mit der modernen LED-Technik der EVN Leuchten sparen Sie Ihrer Gemeinde nicht nur viel Geld, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit und Umweltschutz.

KONTAKTIEREN SIE JETZT DIE EVN

- ☎ 0800 800 100 ✉ lichtservice@evn.at
- 🌐 facebook.com/evn und twitter.com/evnenergy

FÖRDERUNG

LAND NÖ UNTERSTÜTZT WEITERHIN NAHVERSORGER

LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER UND SONJA ZWAZL, PRÄSIDENTIN DER WIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERÖSTERREICH, HABEN DIE VERLÄNGERUNG DER AKTION NAFES ANGEKÜNDIGT, UM DIESE WICHTIGE INFRASTRUKTUR IN DEN GEMEINDEN ZU ERHALTEN.

An über 2.200 Standorten in Niederösterreich versorgen uns die rund 34.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nahversorger mit hochwertigen regionalen Produkten und Gütern des täglichen Bedarfs. „Nahversorger sind ganz wichtige und entscheidende Lebensadern in unseren Städten und Gemeinden“, betont Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Deshalb gelte es, die Nahversorger zu erhalten, und daher wurden vom Land NÖ vier konkrete Maßnahmen gesetzt – drei für Kleinunternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern und eine im Rahmen der Aktion NAFES für die Gemeinden. Bei den Förderungen für die Kleinunternehmen handelt es sich um eine Investitionsförderung in „Hardware“ in Form eines nicht rückzahlbaren Einmalzuschusses in der Höhe von maximal zehn Prozent (maximal 30.000 Euro), eine Unternehmensentwicklungsförderung für Nahversorger, bei der die Unterstützung mit einem vierprozentigen Finanzierungs-Zuschuss zu einem Kredit von maximal 90.000 Euro für die Dauer von fünf Jahren erfolgt, und die Unterstützung durch Haftungen und Bürgschaften für Investitionen.

450 NAHVERSORGER IN VERGANGENEN FÜNF JAHREN GEFÖRDERT

„NAFES ist eine Erfolgsgeschichte“ und diese wolle man gemeinsam mit der Wirtschaftskammer weiterführen, hielt die Landeshauptfrau fest und meinte, dass die Aktion für die nächsten drei Jahre mit 1,2 Millionen Euro pro Jahr verlängert werde. Förderwerber könne ausschließlich die Gemeinde sein. Ziel sei es, „den einzigen Nahversorger in einer Gemeinde aufrechtzuerhalten“, führte Mikl-Leitner aus und dass die Fördersumme dafür maximal 30 Prozent und höchstens 100.000 Euro betrage. In den letzten fünf Jahren habe man im Rahmen der vier genannten Förder-



Wirtschaftskammerpräsidentin Sonja Zwazl und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner beim Nahversorger Spar Mohr in St. Pölten.

„NAFES IST EINE **ERFOLGSGESCHICHTE.**“

LANDESHAUPTFRAU
JOHANNA MIKL-LEITNER

möglichkeiten 450 Nahversorger unterstützen können, es seien rund sechs Millionen Euro direkt ausbezahlt und damit Investitionen von 40 Millionen Euro ausgelöst sowie 4.000 Jobs gesichert bzw. neu geschaffen worden, erläuterte die Landeshauptfrau.

NAHVERSORGER SIND „KOMMUNIKATIONSZENTREN“

Wirtschaftskammerpräsidentin Zwazl hob die Bedeutung der Nahversorger als „Kommunikationszentrum“ hervor und betonte, dass der menschliche Aspekt ein sehr großer sei. „Im Bundesländervergleich steht Niederösterreich in Sachen Nahversorgung gut da“, führt Zwazl aus. Österreichweit verfügen 19 Prozent der Gemeinden über keinen eigenen Lebensmittelversorger, in Niederösterreich seien es hingegen nur neun Prozent. Der Regionalhandel sei konkurrenzfähig, hob die Wirtschaftskammerpräsidentin hervor und unterstrich, dass der stationäre Einzelhandel um 2,6 Prozent zugenommen habe, während der Onlinehandel abgeflacht sei. ■

30 JAHRE ECOPLUS REGIONALFÖRDERUNG

AUS DER REGION FÜR DIE REGION

30 JAHRE REGIONALFÖRDERUNG HABEN IN NIEDERÖSTERREICH SPUREN HINTERLASSEN, NEUE IMPULSE GESETZT UND POSITIVE ENTWICKLUNGEN IN GANG GEBRACHT.

2842 beschlossene Projekte, Investitionen von rund 2,9 Milliarden Euro, 1,2 Milliarden Euro an Regionalfördermitteln und EU-Kofinanzierungsmitteln und 21.339 Arbeitsplätze, die durch diese Projekte in den letzten 30 Jahren entweder neu geschaffen oder abgesichert wurden – die niederösterreichweite Bilanz der ecoplus Regionalförderung kann sich sehen lassen!

Am 1. Februar 1987 startete das Regionalförderprogramm und seit damals werden Unternehmen, Initiativen, Vereine und Einzelpersonen, aber auch Gemeinden bei der Umsetzung regionalwirtschaftlich wichtiger Projekte unterstützt. Dabei reicht das Dienstleistungsangebot von der Beratung bis zur Förderabwicklung.

30 Jahre Regionalförderung haben im ganzen Land Spuren hinterlassen, Impulse gesetzt und positive Entwicklungen in Gang gebracht. Die Themenvielfalt ist groß und reicht von der Errichtung und dem Ausbau touristischer Infrastruktur und der Attraktivierung von Ausflugszielen bis zu Maßnahmen im Bereich des demografischen Wandels. Die Aufschließung von Betriebs- und Gewerbegebieten oder auch der Ausbau von Messestandorten sind ebenso Förderschwerpunkte der ecoplus Regionalförderung wie die Abwicklung von Projekten im Rahmen von LEADER, einer EU-kofinanzierten Fördermaßnahme für die Entwicklung ländlicher Regionen. Die Projekte sollen sich durch Nachhaltigkeit, Innovation, regionale Verankerung und Vernetzung unter Nutzung regionaler Ressourcen auszeichnen und damit Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze schaffen und sichern.

REGIONALFÖRDERUNG VERLÄNGERT

Auch in Zukunft werden alle niederösterreichischen Regionen von der Unterstützung durch



Das Loisium in Langenlois wurde mit Hilfe der Regionalförderung errichtet.

„AUCH IN ZUKUNFT
WERDEN ALLE NÖ
REGIONEN VON DER
UNTERSTÜTZUNG
DURCH DIE
REGIONAL-
FÖRDERUNG
PROFITIEREN
KÖNNEN.“



die Regionalförderung profitieren können. Der niederösterreichische Landtag hat am 19. Oktober 2017 die Verlängerung der Regionalförderung auch nach Ablauf der aktuellen Förderperiode 2020 beschlossen. Jährlich stehen 32 Millionen Euro für die Weiterentwicklung der Regionen zur Verfügung. Damit ist die ecoplus Regionalförderung auch weiterhin der richtige Ansprechpartner für Gemeinden, die ein Projekt mit besonderer Bedeutung für die regionale Entwicklung wie beispielsweise im Bereich der Gestaltung von touristischen Angeboten und Produkten planen. Das Ziel ist es, die Wertschöpfung steigern, Ressourcen nutzen, Kooperationen fördern und damit letztendlich Arbeitsplätze sichern und schaffen. Hier unterstützt das Team der Regionalförderung bei der Entwicklung und Umsetzung des Investitionsprojekts. Darüber hinaus agiert die ecoplus Regionalförderung bei der Umsetzung von LEADER als Partner der Abteilung Landwirtschaftsförderung der NÖ Landesregierung. ■■

ERFOLGSSTORY

60 JAHRE NÖ MUSIKSCHULMANAGEMENT

1957/58 WURDE DAS MUSIKSCHULWESEN AUF PROFESSIONALLE BEINE GESTELLT. VON FRANZ OSWALD

Niederösterreich, Land der Musik, wäre ohne seine einmalige Vielfalt an Musikern, Komponisten, Ensembles, Musikpädagogen und damit Musikschulen und Spielstätten nur schwer denkbar. Nach bescheidenen Anfängen nach 1945 – neun Musikschulen mit 1255 Schülerinnen und Schülern und 50 Lehrkräften – folgte 1957/58 der erste Durchbruch in der Musikentwicklung des Landes: Immerhin waren jetzt 28 Musikschulen mit 3356 Schülerinnen und Schülern sowie 152 Lehrkräften aktiv – vor allem wurde die Kommission für das NÖ Musikschulwesen bestellt, Vorläuferin des jetzigen jubilierenden 60 Jahre alten Musikschulmanagements. Gefeierte wurde am 4. Dezember im Beisein von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die die großartige Musikszene als Ergebnis des breiten und qualifizierten Bildungsangebotes würdigte.

60.000 SCHÜLER – 127 MUSIKSCHULEN

Die Bilanz dieser 60 Jahre ist österreichweit einmalig: Niederösterreich hat die stärkste Dichte in der Musikausbildung. In den 127 Musikschulen wurden 2017 in 35.000 Wochenstunden rund 60.000 Schülerinnen und Schüler von 2300 Lehrkräften unterrichtet. Das bedeutet Flächendeckung, fast alle Gemeinden sind in den Musikschulbereich eingebunden.

Das Jahr 2000 hatte nach langem Ringen das wegweisende NÖ Musikschulgesetz und damit den heute so hohen Musikstandard und ebenso die Gründung des NÖ Musikschulmanagements gebracht. Dieses vom Land eingesetzte und jetzt im Rahmen der Volkskultur NÖ agierende Management sorgt für Qualitätssicherung, pädagogisch-künstlerische Weiterentwicklung der Musikschulen sowie für landes- und bundesweite Wettbewerbe. Entscheidend war die finanzielle Absicherung der Schulen durch Kostendritteln: So zahlen je ein Drittel die Gemeinden, Eltern



Der Musikschulbeirat mit Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

und das Land. Damit haben die Gemeinden einen hohen Anteil an Bestand und Qualitätssicherung der Musikschulen.

ERFOLGSTRIO HOFMANN-PANDION-HOFER

Drei Persönlichkeiten ist die Gründung der Kommission 1958 und damit der Aufstieg der Musikausbildung in Niederösterreich besonders zu danken: Walter Hofmann (1907-1987, Musikschule St. Pölten), Franz Pandion (1905-1970, Musikschule Baden) und Karl Hofer (1899-1983, Musikschule Neunkirchen). Sie haben schon früh für Breite und Qualität der Musikausbildung gesorgt und die Voraussetzungen für das Musikschulgesetz 2000 geschaffen. Von politischer Seite war neben dem fördernden Einwirken Erwin Prölls vor allem Wolfgang Sobotka, Finanzreferent der Landesregierung und selbst qualifizierter Musiker und Dirigent, am Zustandekommen des Gesetzes beteiligt. ■■



PROF. DR. FRANZ OSWALD
WAR CHEFREDAKTEUR
DER NÖ LANDES-
REGIERUNG UND IST JETZT
FREIER JOURNALIST

NÖ Musikschulmanagement

📍 Hypogasse 1, 2. Stock, 3100 St. Pölten
☎ 02742/9005 16880

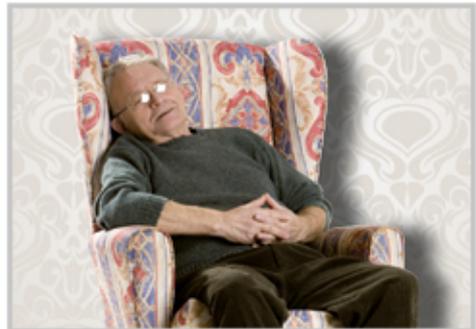


WOHNEN. WIE DAS LEBEN SO SPIELT.

Wir bauen in Niederösterreich Wohnqualität für Jung und Alt. Für Familien und Singles. Für Stadt und Land. Für Heute und Morgen. Mit der Erfahrung führender gemeinnütziger Wohnbauträger.

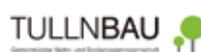
**Ihr direkter Weg
zu gefördertem Wohnraum:**

www.argewohnen.at | Wählen Sie
online aus dem aktuellen Wohnangebot.
Service-Hotline: 02742 / 9020 560
Oder gleich bei unseren
**16 gemeinnützigen
Wohnbauträgern.**



ARGE WOHNEN niederösterreich

Hochwertig. Individuell. Leistbar. Zukunftssicher.





AB SOFORT AUCH IN IHRER REGION!

»Durch Dick und Dünn«

Gesundheitsprogramm für übergewichtige Kinder und Jugendliche

Das DDD Gesundheitsprogramm unterstützt sowohl übergewichtige Kinder und Jugendliche als auch deren Eltern dabei, einen gesünderen Lebensstil zu finden. Nähere Infos erhalten Sie bei der **»tut gut«-Servicestelle** unter **02742/226 55** oder auf **www.noetutgut.at**

STADTAMTSDIREKTOREN IM POLIZEI-AUSBILDUNGSZENTRUM

IN TRAIISKIRCHEN INFORMIERTE MAN SICH ÜBER DAS AUSBILDUNGSANGEBOT DER SICHERHEITSAKADEMIE

Die Arbeitsgemeinschaft der Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs informierte sich in Traiskirchen über das Ausbildungsangebot der Sicherheitsakademie.

Der Leiter des Bildungszentrums, Generalmajor Arthur Reis stellt bei seiner Begrüßung die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Exekutive mit den Gemeinden in den Vordergrund.

Neulengbachs Stadtamtsdirektor Leopold Ott, aktuell Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs, dankte den Referenten für Ihre Ausführungen: „Sie haben uns einen kompetenten Überblick über die Bedeutung des Bildungszentrums Traiskirchen gegeben. Es ist für die Gemeinden interessant, welche hohe Ausbildungsanforderungen an die Polizistinnen und Polizisten gestellt werden.“



Die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft mit Generalmajor Arthur Reis und Oberst Rudolf Tscherne.



Bei der 1. NÖ Freiwilligenmesse: Hilfswerk-Präsidentin LABg. Bgm. Michaela Hinterholzer mit Michaela Pasching und Edith Tanzer vom Ehrenamts-Team und Josef Ebenberger (Besuchsdienstleitung Pielachtal).

HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH

EHRENAMT: WERTVOLL UND UNVERZICHTBAR

OB BEIM BESUCHSDIENST, ALS FAMILIENPATE, BEI ESSEN AUF RÄDERN, BEIM PLAUDERTELEFON ODER EINEM DER VIELEN INTEGRATIONSPROJEKTE – ÜBER 2.000 EHRENAMTLICHE ENGAGIEREN SICH IN GANZ NIEDERÖSTERREICH FÜR DAS HILFSWERK.

Pro Jahr werden mehr als 150.000 ehrenamtliche Stunden geleistet – sie bilden eine wertvolle Unterstützung für die professionellen Hilfswerk-Dienste. Das größte Angebot ist der Besuchsdienst: dabei werden rund 780 Menschen regelmäßig in den eigenen vier Wänden von über 600 Ehrenamtlichen besucht. Besucherinnen und Besucher spielen Karten, gehen spazieren, lesen vor, plaudern und sind einfach für andere da. „Das ehrenamtliche Engagement ist zentraler Baustein unserer Identität. Die örtlichen Hilfswerke und unsere Ehrenamtlichen vertreten unsere Ideen und Stärken vor Ort und tragen so zur Sicherstellung unserer Dienste bei. Wir freuen uns über das rege Interesse und sind laufend auf der Suche nach Personen, die sich freiwillig beim Hilfswerk Niederösterreich engagieren möchten“, so LABg. Bgm. Michaela Hinterholzer, Präsidentin des Hilfswerks Niederösterreich.

Auch bei der 1. NÖ Freiwilligenmesse im Landhaus St. Pölten Mitte November präsentierte sich das Hilfswerk als Organisation,

„WIR SIND LAUFEND AUF DER SUCHE NACH PERSONEN, DIE SICH FREIWILLIG BEIM HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH ENGAGIEREN MÖCHTEN.“

LABG. BGM. MICHAELA HINTERHOLZER, PRÄSIDENTIN DES HILFSWERKS NIEDERÖSTERREICH

die viele Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement bietet. Denn weitere Freiwillige werden in ganz Niederösterreich gesucht. Neben dem Besuchsdienst kann man sich auch als Essen auf Rädern-Fahrer/in oder als Familienpate/-patin engagieren. Diese unterstützen in den Kinderbetreuungseinrichtungen des Hilfswerks, indem sie mit den Kindern spielen, basteln, lesen oder bei den Hausaufgaben helfen.

Will man eher organisatorisch tätig sein, freuen sich 62 Vereine in ganz Niederösterreich über neue Mitglieder.

Die Ehrenamtlichen werden in der internen Vereinsakademie des Hilfswerks für ihre Tätigkeit geschult, treffen sich regelmäßig und sind auch unfall- und haftpflichtversichert. ■■

Informationen für Interessentinnen und Interessenten

☎ 02742/249-1125

✉ ehrenamt@noe.hilfswerk.at

STEUERN

WERBUNGSKOSTEN VON GEMEINDEMANDATAREN

WÄHREND DER AUSÜBUNG DES AMTES ALS GEMEINDEMANDATAR, BÜRGERMEISTER ODER GEMEINDEVERBANDSOBMANN FALLEN DIVERSE AUSGABEN AN, WELCHE IN DER EINEN ODER ANDEREN ART IM RAHMEN DER EINKOMMENSTEUERERKLÄRUNG ODER ARBEITNEHMERVERANLAGUNG ALS WERBUNGSKOSTEN ODER SONDERAUSGABEN GELTEND GEMACHT WERDEN KÖNNEN. VON URSULA STINGL-LÖSCH

Wie bereits in der letzten Ausgabe der NÖ Gemeinde berichtet, können die der Tätigkeit direkt zurechenbaren Werbungskosten in Abzug gebracht werden, somit alle im Kalenderjahr bezahlten Ausgaben (Abflussprinzip), welche dazu dienen, den Erhalt der Einkunftsquelle oder des Lebensunterhaltes zu sichern, ohne dass sie nur der privaten Lebensführung dienen. Der Gesetzgeber kennt zwei Gruppen von Werbungskosten: Jene, welche auf das Werbungskostenpauschale (jährlich 132 Euro) angerechnet werden, und jene, welche ohne Anrechnung auf das Pauschale in Abzug gebracht werden können:

- ▶ Pflichtbeiträge zu gesetzlichen Interessenvertretungen
- ▶ Beiträge zu Pflichtversicherungen
- ▶ Rückzahlung von Einnahmen
- ▶ Pendlerpauschale (sofern nicht bereits durch Dienstgeber berücksichtigt)

Folgende Werbungskosten werden auf das Werbungskostenpauschale angerechnet und sollten in der Steuererklärung in Abzug gebracht werden, wenn sie die Höhe von jährlich 132 Euro überschreiten:

PARTEI- UND KLUBBEITRÄGE

Laufende und außerordentliche Zahlungen, die der Gemeindevandatar bzw. Politiker an politische Parteien, deren Organisationen und Gliederungen zu leisten hat, sind abzugsfähig. (Freiwillige) Mitgliedsbeiträge an die Partei oder ihre Gliederungen, welche auch von Mitgliedern ohne politische Funktion geleistet werden, sind nicht abzugsfähig.

WAHLWERBEKOSTEN

Hierbei handelt es sich um Kosten, welche dem Erhalt der Einkunftsquelle dienen. Diese



sind laufende Werbungskosten (Grenze dabei ist die Liebhaberei). Will eine Person erstmalig ein politisches Amt erlangen, dann sind die Wahlwerbekosten vorweggenommene Werbungskosten. Diese sind auch dann abzugsfähig, wenn das angestrebte politische Amt nicht erlangt werden konnte.

FACHLITERATUR, ZEITSCHRIFTEN

Bei Fachliteratur, welche im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht, sind deren Anschaffungskosten als Werbungskosten absetzbar. Allgemeine Literatur (z. B. Wörterbücher, Nachschlagewerke) sind nicht berufsspezifisch veranlasst. Ein Ansatz als Werbungskosten ist somit nicht möglich. Tageszeitungen und -zeitschriften sind generell nicht als Werbungskosten absetzbar, da diese der privaten Lebensführung zuordenbar sind. Gemeindevandatare bzw. Politiker, welche mehr als drei Abonnements haben, können das dritte als Werbungskosten ansetzen. Das gleiche gilt für politische Magazine.

TELEFON- UND INTERNETKOSTEN

Bei Nutzung eines Telefon- bzw. Internetanschlusses für berufliche Zwecke, sind die

„KOSTEN FÜR FORTBILDUNG KÖNNEN IN ABZUG GEBRACHT WERDEN, WENN DIESE MIT DER BERUFLICHEN TÄTIGKEIT IM ZUSAMMENHANG STEHEN.“



Kosten dafür als Werbungskosten ansetzbar. Können Kosten nicht exakt dem beruflichen und privaten Bereich zugeordnet werden, kann der berufliche Anteil geschätzt werden.

PC – LAPTOP – TABLET

Steht eine berufliche Verwendung eindeutig fest, können Anschaffungskosten und Kosten des laufenden Betriebes als Werbungskosten geltend gemacht werden. Derzeit geht die Finanzverwaltung von einer privaten Nutzung von PC, Laptop oder Tablet in Höhe von rund 40 Prozent aus. Diese sind von den Werbungskosten in Abzug zu bringen. Bei Geräten mit Anschaffungskosten von mehr als 400 Euro ist – statt den gesamten Anschaffungskosten – eine jährliche Abschreibung abzgl. Privatanteil anzusetzen. Die normale gewöhnliche Nutzungsdauer wird momentan mit drei Jahren angenommen. Bei Anschaffungen nach dem 30. Juni ist eine Halbjahresabschreibung vorzunehmen.

ARBEITSZIMMER

Dient ein in der Wohnung oder im Wohnhaus gelegenes Arbeitszimmer (nahezu) ausschließlich der betrieblichen bzw. beruflichen Tätigkeit, können anteilige Kosten (Abschreibung, Heizung, Strom, Versicherung, Gemeindeabgaben etc.) – errechnet nach einem Quadratmeterschlüssel – sowie Einrichtungsgegenstände in Abzug gebracht werden. Gemäß VwGH 3.7.2003, 99/15/0177 zählt das im Wohnungsverband gelegene Arbeitszimmer inkl. Einrichtung **nicht** zum Tätigkeitsschwerpunkt des Gemeindefamandatares. Somit sind diese Kosten nicht abzugsfähig.

ARBEITSKLEIDUNG

Sofern es sich bei Kleidung nicht um eine typische Berufsbekleidung (z. B. Kettenhemd bei einem Fleischhauer) oder Bekleidung für Arbeitsschutz (Helm, Stahlkappenschuhe etc.) handelt, sind Ausgaben für Anzüge, Kostüme und dergleichen sowie Reinigungskosten nicht absetzbar. Diese können auch außerhalb der beruflichen Tätigkeit getragen bzw. verwendet werden und sind dieser somit nicht eindeutig zuordenbar.

BEWIRTUNGSKOSTEN UND BALLBESUCHE

Um Bewirtungskosten Dritter als Werbungskosten geltend machen zu können, muss die berufliche Veranlassung gegeben sein bzw. nachgewiesen werden. Dieser Nachweis ist bei Informationsveranstaltungen, politischen

Veranstaltungen und sonstigen beruflich veranlassten Bewirtungen außerhalb des Haushaltes des Gemeindefamandatares möglich. In Summe können 50 Prozent der Bewirtungskosten in Abzug gebracht werden.

Kosten für Ballbesuche (Eintrittskarten, Spenden etc.) im eigenen Wahlkreis gelten als beruflich veranlasst und sind abzugsfähig.

REISEKOSTEN

Werden Reisekosten von der Gemeinde nicht ersetzt, so können diese unter folgenden Voraussetzungen als Werbungskosten in die Steuererklärung mitaufgenommen werden: Die Reise bzw. Fahrt ist beruflich veranlasst (z. B. Termine für die Gemeinde, politische Veranstaltungen im eigenen Wirkungskreis, durch die Funktion als Politiker bedingte Fahrten) und wird mit dem privaten Kfz zurückgelegt. Pro gefahrenen Kilometer kann Kilometergeld in Höhe von 42 Cent angesetzt werden. Sind Termine vom Ausgangsort (Gemeinde) weiter weg als 25 Kilometer, so steht für die Dauer der Reise (inkl. An- und Abfahrtszeit) ein anteiliges Taggeld von 2,20 Euro pro Stunde (max. 26,40 Euro für den ganzen Tag) zu. Einladungen, die der Gemeindefamandatar zu einem Geschäfts-/Arbeitsessen erhält, kürzen das Taggeld um 13,20 Euro.

FORTBILDUNGSKOSTEN

Kosten für Fortbildung können in Abzug gebracht werden, wenn diese mit der beruflichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen und nicht der privaten Sphäre zuzurechnen sind.

SPENDEN UND GESCHENKE

Erbringt der Gemeindefamandatar innerhalb seines Wahlkreises eine Spende an ansässige gemeinnützige Organisationen, so können diese Geldbeträge als Werbungskosten angesetzt werden. Den Spenden an ortsansässige gemeinnützige Organisationen wird ein Werbeeffect zugesprochen. Spenden an überregional gemeinnützige Organisationen sind nicht als Werbungskosten absetzbar, unter Umständen jedoch als Sonderausgaben (begünstigte Spendenempfänger). Werden im Zuge von Bällen, Geburtstagsfeiern und Jubiläen Geschenke überreicht oder Geldzahlungen und Sachpreise für Tombolas gespendet, so sind diese als Werbungskosten abzugsfähig. Bei Pokalen, Parkbänken und dergleichen sollte ein Hinweis auf den Gemeindefamandatar als Spender enthalten sein. ■■



Bei Pokalen, Parkbänken und dergleichen sollte ein Hinweis auf den Gemeindefamandatar als Spender enthalten sein.



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH IST STEUERBERATERIN BEI DER NÖ GEMEINDEBERATUNG


 III RECHTSTIPPS AUS DER PRAXIS

WARNZEICHEN SIND DAS MINDESTE

WINTERDIENSTPFLICHT ORIENTIERT SICH AN DER ZUMUTBARKEIT

VON FRANZ NISTELBERGER

Als besondere Verpflichtung des Wegehalters ist der Winterdienst anzusehen. Dabei gilt, dass die Gemeinde als Wegehalter dann ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, wenn sie ein Organisationsverschulden trifft. Jede Gemeinde wird im Winter verpflichtet sein, die ordnungsgemäße Befahrbarkeit ihrer Wege und Straßen sicherzustellen. Beim Winterdienst ist es aber nicht so, dass lange vorausschauend die Maßnahmen zur Befahrbarkeit der Straßen geplant werden können, sondern muss bei plötzlich einsetzendem starken Schneefall und Frost unmittelbar reagiert werden.

GEMEINDE BRAUCHT EINEN EINSATZPLAN

Um den gesetzlichen Pflichten ordnungsgemäß nachkommen zu können, ist es daher erforderlich, dass jede Gemeinde über einen Einsatzplan verfügt, in dem festgelegt ist, welche Wege und Straßen – vor allem im Verhältnis ihrer Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Verkehrs – vorrangig geräumt werden. Grundsätzlich gilt, dass sich die Wegehalterpflichten auch bezüglich des Winterdienstes an der Zumut-

barkeit der Maßnahmen orientieren. Ein Wegehalter im Gebirge wird daher nicht stets für vollkommenen Schutz und völlig gefahrlose Benutzbarkeit der Straßen und Wege Sorge tragen können, wohl wird ihm aber zumutbar sein, Warnzeichen aufzustellen.

Grundsätzlich hat sich die Erfüllung der Streu- und Räumpflicht also an den konkreten Wetterverhältnissen zu orientieren und daran, ob dadurch auch ein (zusätzlicher) Sicherungseffekt erzielt werden wird.

KEIN GROBES VERSCHULDEN BEI ZU WENIG PERSONAL

Man kann aber bezüglich des Winterdienstes davon ausgehen, dass in der Rechtsprechung keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden. Vor allem in Freilandgebieten dürfen die Anforderungen an die Streupflicht nicht überspannt werden. Es kann auch einer kleinen Landgemeinde nach der Rechtsprechung nicht als grobes Verschulden angelastet werden, wenn sie nicht über Streugeräte und Bedienungspersonal verfügt, die die durchgehende Bestreuung des gesamten von ihr zu bestreuenden Straßen- und Wegenetzes in kürzester Zeit gewährleistet.

STRASSE EVENTUELL SPERREN

So wird judiziert, dass bei andauerndem Schneefall keine ununterbrochene Schneeräumung und Sicherung der Verkehrswege zumutbar ist. Wenn jedoch die Wettersituation so schlecht wird, dass eine gefahrlose Benützung unter keinen Umständen möglich ist, wird der Wegehalter aber zu prüfen haben, inwieweit eine Straße überhaupt für den Verkehr zu sperren ist.

Grundbedingung für eine Haftung gemäß § 1319a ABGB im Bereich des Winterdienstes ist es aber auch, dass die Straße widmungsgemäß benützt wird. Einschlägige Winter Sperren werden daher zu beachten sein. Die Benützer der Straße müssen im Übrigen selbst darauf achten, dass sie die Straße, angepasst an die winterlichen Verhältnisse, benutzen (Mitverschulden bzw Schadensminderungspflicht). ■■



DR. FRANZ NISTELBERGER
IST VERBANDSANWALT
DES NÖ GEMEINDEBUNDES

PROGRAMM »GESUNDER GEMEINDEBETRIEB«

MEHR GESUNDHEIT AN IHREM ARBEITSPLATZ

SIE VERBRINGEN EINEN GROSSTEIL IHRER (LEBENS-) ZEIT AM ARBEITSPLATZ. LASSEN SIE UNS DIESEN GEMEINSAM GESUND GESTALTEN. DIE INITIATIVE »TUT GUT!« UNTERSTÜTZT SIE DABEI, BETRIEBLICHE GESUNDHEITSFÖRDERUNG (BGF) UMZUSETZEN. NUTZEN SIE DAS KOSTENFREIE ANGEBOT UND STARTEN SIE EIN BGF-PROJEKT IN IHREM GEMEINDEBETRIEB!

2030 werden bereits mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen über 45 Jahre alt sein! Der Erhalt von Arbeitsfähigkeit und Wohlbefinden unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten daher schon heute Thema sein. Die Initiative »Tut gut!« unterstützt Gemeindebetriebe, die mit betrieblicher Gesundheitsförderung starten möchten.

DURCH DAS PROJEKT WERDEN ...

- ▶ Gesundheit und Arbeitsfähigkeit gestärkt
- ▶ Arbeitsfreude und Wohlbefinden gesteigert
- ▶ Arbeitsklima und Arbeitsbedingungen verbessert
- ▶ Motivation und Leistungsfähigkeit erhöht
- ▶ Das Image und der wirtschaftliche Erfolg des Betriebes positiv beeinflusst

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE INITIATIVE »TUT GUT!«:

- ▶ 100 Prozent Übernahme der Kosten für die Fragebogenerhebung
- ▶ 100 Prozent Übernahme der Kosten der BGF-Prozessbegleitung im Ausmaß von bis zu 18 Beratertagen
- ▶ Möglichkeit zur Zertifizierung zum »Gesunden Betrieb«
- ▶ Finanzielle Unterstützung der erarbeiteten Maßnahmen

Auch für Ihren Gemeindebetrieb besteht die Möglichkeit, sich für eine Teilnahme zu bewerben. Voraussetzung dafür ist die Grundzertifizierung zur »Gesunden Gemeinde«. ■■■

Initiative »Tut gut!«

Victoria Allabauer, MSc, BSc

☎ 02742/9011-14612

✉ victoria.allabauer@noetutgut.at



Die Initiative »Tut gut!« unterstützt Gemeindebetriebe, die mit Betrieblicher Gesundheitsförderung starten möchten.



2030 werden bereits mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen über 45 Jahre alt sein.

AKADEMIE 2.1

SIE WÜNSCHEN, WIR SPIELEN

NACH DER LANDTAGSWAHL 2018 STARTET WIEDER DAS UMFANGREICHE AUS- UND WEITERBILDUNGS-PROGRAMM DER AKADEMIE 2.1 FÜR ALLE VP-MITGLIEDER UND FUNKTIONÄRE. NEU SIND „WUNSCHSEMINARE“ ZU INDIVIDUELLEN THEMEN.

Neben den beliebten Seminaren wie „Gemeindeordnung“ oder „Prüfungsausschuss“ wird die Akademie 2.1 ab nächstem Jahr auch „Wunschseminare“ anbieten. Mit dieser Differenzierung will man den Funktionären sowohl thematisch als auch regional entgegenkommen, ganz nach dem Motto „Mein Seminar in meiner Region“. Die Seminare werden aber nur bei entsprechender Nachfrage stattfinden. Alle Details dazu werden in den kommenden Wochen ausgearbeitet und dann im Folder, per Newsletter und auf der Homepage präsentiert werden.

15. KOMMUNALMANAGER-LEHRGANG

Wer eine wirklich fundierte und anerkannte Ausbildung in Sachen Kommunal- und Parteipolitik sucht, ist beim Lehrgang zum/zur KommunalmanagerIn genau richtig. Mit einer umfassenden Ausbildung in 13 Modulen (Abend, Tages- und Wochenendseminare) als optimale Basis für Partei- und Gemeinde-ratsarbeit werden fachliche, politische und persönliche Fähigkeiten gemeinsam trainiert und erarbeitet. Das Top-Trainer-Team ist seit Jahren in der Kommunalpolitik in Niederösterreich tätig und kennt alle Einzelheiten, Besonderheiten und Befindlichkeiten in Gemeinde- und Parteiorganisationen. Der Lehrgang beinhaltet Themen wie „Die Volkspartei Niederösterreich“, „Politische Kommunikation“, „Politisches Marketing“, „Social Media nutzen und Videobotschaften erstellen“, „Projektmanagement in der Gemeinde“, „Die Gemeindeordnung“, „Raumordnung & Baurecht“, „Abgabewesen“, „Finanzhaushalt in der Gemeinde“, „Führen in politischen Organisationen“, „Rede-, Argumentations- und Diskussionsstraining mit Kameraeinsatz“ etc.

Der 15. Lehrgang beginnt nach einem internen Auswahlverfahren und Hearing im



Wer eine wirklich fundierte und anerkannte Ausbildung in Sachen Kommunal- und Parteipolitik sucht, ist beim Lehrgang zum/zur KommunalmanagerIn richtig. (Symbolbild)

Februar 2018. Bewerbungen sind bei einer VP-Bezirksgeschäftsführerin oder Bezirksgeschäftsführer im jeweiligen Bezirk oder bei der Akademie 2.1 ab sofort möglich.

SONSTIGE LEHRGÄNGE

Auch der **NÖAAB-Lehrgang** mit den Schwerpunkten „Arbeit in der Gemeinde und im Betrieb“ wird wieder stattfinden. Alle Aspekte einer modernen Arbeitnehmervertretung werden ebenso Inhalt des Lehrganges sein. Nähere Informationen beim NÖAAB im Haus 2.1 in St. Pölten.

Auch der **Frauen-Spezial-Lehrgang** „Die NÖ Politikerin von Morgen“ mit seinen beliebten Vernetzungstreffen wird wieder mit ins Akademieangebot aufgenommen. In dieser Seminarreihe soll engagierten Frauen Mut zum nächsten Karriereschritt in der Politik gemacht werden. Gerade der Politik auf Gemeindeebene würde mehr Input weiblicher Sichtweisen guttun. ■■

TEAM AKADEMIE 2.1

Michael Kohlmann
Melanie Melchior
Sabine Stöcklecker

✉ office@akademie21.at

☎ 02742/9020-1680



MIETEN UND WOHNEN

NÖMB: ZU RECHT GEFRAGT. GERECHT GELÖST.

SIE HABEN RECHTSFRAGEN ZUM WOHNEN – DIE NÖMB-EXPERTEN HABEN DIE ANTWORTEN.

Wohnen bleibt Brennpunkt-Thema. Fast 80 Prozent der Zeit verbringen Menschen in den eigenen vier Wänden. Kaum etwas prägt daher die Lebenswelt des Einzelnen mehr als sein eigenes Zuhause. Landes- und Gemeindepolitikerinnen und -politiker kennen die Sorgen und Wünsche der Niederösterreicher zu diesem Thema aus vielen Gesprächen. Manches lässt sich nicht leicht beantworten. Mit der Serviceoffensive 2018 schafft der Niederösterreichische Mieter- und Wohnungseigentümerbund (NÖMB) Abhilfe. In Sachen Beratung zu Wohnrechtsfragen ist die Serviceorganisation 1. Ansprechpartner für Mandatare auf regionaler und lokaler Ebene. Schnell zu einer Antwort und effizient zu einer konsensorientierten



Start der Serviceoffensive „Zu Recht gefragt. Gerecht gelöst.“

NÖMB-Führungsrige mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landesgeschäftsführer Hubert Mayerhofer, Obmann Martin Schuster, Christoph Kainz und Anton Erber (Obmann-Stellvertreter)

Lösung für die Anliegen von Eigentümern, Mietern oder Nutzern einer Genossenschaftswohnung – das ist das wichtigste Ziel des NÖMB. Acht von zehn Anfragen werden schon mit der ersten Beratung gelöst. Für den direkten Zugriff auf das Wissen erfahrener Experten stehen verschiedene Wege offen.

Die Website www.noemb.at hält wichtige Links sowie Checklisten und Ratgeber wie die neue „WOHN.RECHT.PRAKTISCH.“-Fibel zum Download parat. Eine Termin-Übersicht der NÖMB-Expertenprechtag, die 2018 landesweit ausgebaut werden, ist ebenfalls abrufbar. Die Voranmeldung ist unter 02742/9020-5600 möglich.

PROGRAMM FÜR KOMMUNALE BILDUNGSARBEIT

LEHRGANG FÜR BILDUNGSGEMEINDERÄTE UND JUGENDGEMEINDERÄTE AN DER DONAU UNI KREMS

Bildungsgemeinderäte und Jugendgemeinderäte sind für eine Gemeinde zentrale wichtige Positionen. Sie können ihre Bürgermeister und die Bevölkerung in der Gemeinde unterstützen sowie ihre Gemeinde in den Bereichen Weiterbildung, Jugendarbeit und über die Zusammenführung von Freizeit-, Berufs- und Bildungsangeboten „fit“ für die Zukunft machen. Die Donau-Universität Krems bietet dazu einen Lehrgang für kommunale Bildungsarbeit an.

DIE INHALTE

Grundlagen der kommunalen Bildungsarbeit und Jugendarbeit

- ▶ Bildung und regionale Entwicklung
- ▶ Endogene Ressourcen
- ▶ Übergänge und Bildungsberatung

- ▶ Bildungsbedarfserhebung
- ▶ Diversity-Ansatz

Finanzierung und Unterstützung in kommunalen Bildungsbereichen und der Jugendarbeit

- ▶ Netzwerkarbeit
- ▶ Kommunale Förderprogramme
- ▶ Förderverfahren und Projektträger
- ▶ Ehrenamtsförderung

Die Teilnehmenden erarbeiten ein Projekt für ihre Gemeinde mit erfahrenen Vortragenden und Wissenschaftlern aus Bildungsforschung und Regionalpolitik. Lehrgangstart ist am 23. Mai 2018.

Das Highlight bildet am 14. und 15. September 2018 eine Konferenz mit Einbezug der Bevölkerung.

Die Teilnahmegebühr von 3.000 Euro

enthält neben Lehre v. a. individualisiertes Lernen, wie Beratung und Coaching. Stipendien werden z. B. für ein Tandem (Bildungsgemeinderat & Jugendgemeinderat) gewährt.



FOTO: WALTER SKOKANITSCH

Studierende der Donau-Universität Krems



✉ barbara.auer@donau-uni.ac.at

DER „MISTER DER GEMEINDEN“ WURDE 65

GEMEINDEBUND-CHEF ALFRED RIEDL FEIERTE HALBRUNDEN GEBURTSTAG

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen ebenso wie des NÖ Gemeindebundes, vollendete kürzlich sein 65. Lebensjahr. Riedl besuchte die Höhere Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Wieselburg und studierte danach an der Wirtschaftsuniversität in Wien Wirtschaftspädagogik. Seinen beruflichen Werdegang startete er bereits während des Studiums als Lehrer an einer Handelsakademie in Wien. Parallel zu seiner Tätigkeit als Lehrer arbeitete er in einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei und begann eine Ausbildung zum Steuerberater. 1985 gründete er eine eigene Steuerberatungskanzlei. Riedl ist seit 1990 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwörth, seit 2001 Präsident des Niederösterreichischen und seit April 2017 auch des Österreichischen Gemeindebundes.



Alfred Riedl und seine Frau Silvia mit den Vizepräsidenten Karl Moser und Hannes Pressl.

AKADEMIELEITER, OBERST UND TAUCHLEHRER

HARALD BACHHOFER FEIERTE DEN 60. GEBURTSTAG

Der Schulungs- und Akademieleiter der NÖ Kommunalakademie, Harald Bachhofer, wurde am 1. Dezember 60 Jahre alt. Der gebürtige Waldviertler trat 1979 in den NÖ Landesdienst, Abteilung Gemeinden, ein, wurde Leiter einer Gebarungsprüfungsgruppe und Mitglied der Prüfungskommission zur Ablegung der Gemeindedienstprüfung. Seit 1988 ist er Schulungs- und Akademieleiter der Kommunalakademie.

Bachhofer kann auf eine Reihe von Ausbildungen verweisen: Er ist Trainer in der Erwachsenenbildung, Akademischer Verwaltungsmanager,

erwarb den Master of Business Administration, ist beim Bundesheer Oberst der Reserver. Seit 2017 ist Bachhofer auch Professor, und daneben auch Tauchlehrer. An der Donau-Universität Krems ist Bachhofer Studiengangsleiter im Verwaltungsmanagement, er leitet die Schriftenreihe der Kommunalakademie und arbeitet bei EU-Projekten mit. Neben der Publikation mehrerer Gemeindeschriften (Gemeindeordnung, Verwaltung innovativ, Prüfungsausschuss) gilt Bachhofers besonderes Engagement Gemeindekooperationen und Partnerschaften, so mit der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz.



Harald Bachhofer ist auch Studiengangsleiter an der Donau-Uni.

KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

DANKSAGUNG FÜR HOCHWASSERHILFE

Das Jahr 2002 brachte für Niederösterreich eine dramatische Hochwasserkatastrophe, die auch enorme Schäden verursacht hat. In Niederösterreich hat man darauf reagiert und ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt: In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Gemeinden konnten seither 500 Hochwasserschutzprojekte fertiggestellt und damit 270 Gemeinden sicherer gemacht werden. 870 Millionen Euro wurden dafür von Bund,

Land und Gemeinden gemeinsam investiert. Diese Erfolgsbilanz nahm man zum Anlass, um unter dem Motto „Niederösterreich sagt Danke“ ein „Fest des Dankesagens“ zu veranstalten. Landeshauptfrau Mikl-Leitner betonte in ihrer Stellungnahme den niederösterreichischen Familiensinn, der sich gerade in den Hochwasserkatastrophen bewährt habe. „Wir in Niederösterreich leben das Miteinander – nicht nur in der Katastrophe, sondern auch am Tag danach.“



FOTO: NLK / FILZWIESER

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf mit Mitarbeitern der Wasserbau-Abteilung.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer
Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber: Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien,
Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0,
Fax: 01/532 23 88-22
www.kommunalverlag.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimper
Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,
Prof. Dr. Franz Oswald,
Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max
E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0

Sabine Brüggemann, E-Mail:
sabine.brueggemann@kommunal.at
Martin Mravlak, E-Mail:
martin.mravlak@kommunal.at
Martin Pichler, E-Mail:
martin.pichler@kommunal.at
Fotos: NÖ Landeskorespondenz, Erwin
Wodicka (www.bilderbox.com),
www.shutterstock.com

Hersteller:

Leykam Druck, 2701 Neudörfel
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.



Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE: ICH BIN FÜR SIE DA.



HYPO NOE

Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 10/2017

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at